

Wir begrüßen die Möglichkeit der Rückmeldung zu den beiden folgenden Dokumenten

1. MITTEILUNG DER KOMMISSION

Rahmenregelung für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten

Die Ausführungen in *Kapitel 2: Beihilfen im Forstsektor* sind grundsätzlich zu begrüßen.

Die Privatwälder in Deutschland und der EU sind von kleinteiligen Strukturen geprägt. Die durchschnittliche Betriebsgröße in Deutschland liegt bei 3 ha, in der EU bei 13 ha. Die Durchschnittsgröße der Mitglieder unserer Forstbetriebsgemeinschaft beträgt 2,14 ha.

Entsprechend kommt der überbetrieblichen Zusammenarbeit im Rahmen „Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse“ (FWZ) als Selbsthilfeeinrichtungen der WaldeigentümerInnen in Zukunft eine weiter steigende Bedeutung bei der Bewirtschaftung des kleinen und sehr kleinen Waldbesitzes zu. Ziel und Gegenstand der Förderung muss der Aufbau möglichst selbstständiger und strukturell dauerhaft leistungsfähiger FWZ sein. Ihre wirtschaftliche Tragfähigkeit können die FWZ dabei nur aus einem breiten Dienstleistungsangebot für die gesamte Bandbreite des Waldbesitzes ziehen. Es ist festzuhalten, dass anders als bei landwirtschaftlichen Zusammenschlüssen, die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse nicht primär als Vermarktungsorganisationen fungieren. Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse bieten dem Klein- und Kleinstprivatwald eine Bandbreite an Dienstleistungen, wie u.a. Unterstützung/Beratung bei der Waldbewirtschaftung, Fortbildungsveranstaltungen und eine Informationsplattform zu aktuellen politischen Themen, die insbesondere für den anstehenden Waldumbau unverzichtbar sind. Die Vehemenz mit der der Klimawandel die bestehenden Wälder beeinflusst, erfordert, dass vor allem die Eigentümer von Klein- und Kleinstwäldern (kleiner als 0,5 bis 20 ha) sachlich und fachlich durch die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse unterstützt und beraten werden. Die Anpassung der Wälder an den Klimawandel und der Aufbau von klimatoleranten Waldbeständen haben dabei Priorität.

Eine Förderung FWZ ist unverzichtbar, weil

- Angesichts der kleinteiligen Besitzstruktur nur durch sie eine optimierte Wertschöpfung und strukturelle Entwicklung im ländlichen Raum möglich ist;
- Nur durch sie die Bewirtschaftung des Kleinprivatwaldes und damit des Kulturgutes Wald mit seinem multifunktionalen Leistungsumfang erhalten werden kann;
- Spätestens mit dem Klimaschutzabkommen von Paris die nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern sowie deren Erhalt als wichtiges Instrument zur Erreichung der Klimaschutzziele definiert wurde. Nur die forstdauernde Bewirtschaftung, die im Mitteleuropa schon seit Jahrhunderten gepflegt wurde, lässt den Wald als Kohlenstoffsенke und Quelle nachhaltiger Baustoffe wirken.
- Kleinprivatwald ohne Unterstützung fachlicher und finanzieller Art weder diese Zielsetzungen noch andere Zielsetzungen wie beispielsweise Funktionsvielfalt, Stabilität und Leistung der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion erfüllt; Der Wald würde im schlimmsten Fall zu „Ödland“, der auch die Naturschutzfunktionen, die er derzeit hat, nicht mehr erfüllen kann.

Dabei ist entscheidend, dass die Befristung der Beihilfen auf 7 Jahre für die Erfüllung der o.g. Aufgaben nicht ausreichend ist. Entsprechend wäre es zielführend, unter Kapitel 2.6 *Beihilfen für die Zusammenarbeit im Forstsektor* Ziffer (566) wie folgt zu ergänzen: „Die Beihilfen müssen auf einen Zeitraum von höchstens sieben Jahren begrenzt sein, es sei denn es handelt sich um Tätigkeiten gemäß Randnummer 561 Buchstabe **c** und g“.

2. MITTEILUNG DER KOMMISSION

Genehmigung des Entwurfs einer Verordnung der Kommission zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission

Die inhaltliche Weiterentwicklung der o.g. Freistellungsverordnung wird ausdrücklich begrüßt. Insbesondere möchten wir folgende Punkte **positiv** hervorheben:

Der Inhalt von **Erwägungsgrund 46** signalisiert, dass die bisherigen nationalen Fördermaßnahmen schon den Vorgaben der EU Kommission entsprochen haben. Die Freistellung von der Anmeldepflicht ist ein wichtiger Schritt zur Entbürokratisierung und ein entscheidender Zeitgewinn gegenüber dem Notifizierungsverfahren.

Die Darstellung in **Erwägungsgrund 51** würdigt *im Interesse der Vereinfachung und der Verfahrensökonomie* die Notwendigkeit weitreichende ELER unabhängige Maßnahmen von der Anmeldepflicht freizustellen. Das erlaubt es der Vielfalt der Wälder und ihrer Bewirtschaftung in den Mitgliedstaaten gerecht zu werden.

Art.11 Abs.1 wird vollumfänglich unterstützt, da die 20 Tage Regelung maßgeblich zur Rechtssicherheit für die BeihilfeempfängerInnen beiträgt.